



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Europaausschuss**  
- L 214 -

Kiel, 24. November 2011  
Landeshaus  
Tel. (0431) 5300 1142  
(0431) 5300 1152  
Fax (0431) 5300 4 1180  
Europaausschuss@landtag.ltsh.de

## ***K u r z b e r i c h t***

*über die*

**38. Sitzung des *Europaausschusses***

*am Mittwoch, dem 23. November 2011,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 10:05 Uhr

Nach einem Bericht der Landesregierung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. **Strukturfonds zukunftsfähig für Schleswig-Holstein gestalten**, [Drucksache 17/1860](#), beschloss der Ausschuss, zunächst eine schriftliche und anschließend eine mündliche Anhörung dazu durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, binnen einer Woche gegenüber dem Geschäftsführer Anzuhörende zu benennen.

Nach einer Diskussion beschloss der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, DIE LINKE und SSW gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag der Fraktion der SPD betr. **Eine europäische Nordsee-Strategie unterstützen**, [Drucksache 17/1072](#), sowie die dazugehörigen Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, [Drucksache 17/1175](#), sowie die Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und FDP, [Umdrucke 17/2807](#) und 17/3117, in einer der nächsten Sitzungen erneut zu beraten.

Den Bericht der Landesregierung zu einem **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Sicherheit von Offshore-Aktivitäten zur Prospektion, Exploration und Förderung von Erdöl und Erdgas** (KOM(2011) 688 endg.), nahm der Ausschuss ebenso zur Kenntnis wie einen **Bericht** der Abg. Langner **aus dem Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats (KGRE)**.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW empfahl der Ausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, dem Landtag den Gesetzentwurf der Fraktion des SSW zur **Minderheiten- und Sprachförderung im kommunalen Bereich**, [Drucksache 17/522](#), zur Ablehnung zu empfehlen.

In alternativer Abstimmung empfahl der Europaausschuss dem Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP den als selbstständig erklärten Ände-

rungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP betr. **Für eine tolerante und offene Gesellschaft, Rechtspopulismus entschlossen entgegentreten!**, [Drucksache 17/1910](#), zur Annahme. Gleichzeitig empfahl er dem Innen- und Rechtsausschuss, dem Landtag den Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 17/1876](#), auf den die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW entfielen, zur Ablehnung zu empfehlen.

Zu dem Punkt Prüfung der **Wahrung der Subsidiarität** und dem dazugehörigen [Umdruck 17/3080](#) erörterte der Ausschuss Verfahrensfragen.

Abschließend kam der Ausschuss überein, die geplante Sitzung des Europaausschusses am 7. Dezember 2011 entfallen zu lassen. Alternativ fasste er ins Auge, gegebenenfalls am 15. Dezember 2011 in der Mittagspause der Plenarsitzung eine Sondersitzung des Ausschusses durchzuführen.

Darüber hinaus wurden die Fraktionen aufgefordert, fraktionsintern Vorschläge für eine Benennung eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds der Arbeitsgruppe „Green Growth“ der Ostseeparlamentarierkonferenz zu erarbeiten, um eine entsprechende Einigung im Ältestenrat vorzubereiten.

Schluss: 12:45 Uhr

gez. Thomas Wagner